

DJG-Notizen!

Info-Brief der Bundesleitung für Mitglieder
Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.

Fachbereich Justizwachtmeister



Ulrich Marko David NRW, Michael Auriga Hessen, Rene Pellegrini Sachsen, Karin Collenberg NRW, Markus Heit Schleswig-Holstein, Martin Döbeling NDS, Frank Meyer Bremen, Fred Siegert Thüringen, Sascha Jänicke Sachsen-Anhalt, Gero Gerje Bremen, Arno Hames NRW, Martin Franke Brandenburg, David Bartetzko Berlin, Hilmar Schelhorn Bayern,

FB Justizwachtmeister

Optimieren und
Verbesserungen erreichen

Im Gespräch

mit Jens Gnisa, Vorsitzender
des Deutschen Richterbundes

Bericht aus Berlin

Besuche beim DGVB, DAAV,
BDR, BSBD

Fachbereich „Justizwachtmeister“- Optimieren und Verbesserungen erreichen

Das „Gesamtgebilde Justiz“ ist, auch aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen, neuen Herausforderungen ausgesetzt. Diesen effizient zu begegnen muss Ziel jeder Berufsgruppe sein. So sieht es auch der Fachbereich Justizwachtmeister als seine Aufgabe an, den Berufskolleginnen und –Kollegen ein Maximum an Kompetenzen zu vermitteln und die Rahmenbedingungen für ihre verantwortungsvolle Arbeit zu optimieren.

Der Fachbereich Justizwachtmeister trifft sich zweimal jährlich zu einer Arbeitssitzung, um in einem intensiven Gedankenaustausch unter den Vertretern der jeweiligen Bundesländer die aktuelle Situation im JWM Dienst zu erörtern. Hierzu ist anzumerken, dass es zwischen den Bundesländern sehr wohl und immer noch z.T. gravierende Unterschiede gibt, was Arbeitsbedingungen, Ausrüstung und Besoldung anbelangt. Ziel jedes Meetings ist es, einen Katalog an Aufgaben und Forderungen zu erarbeiten, der zukunftsweisend für das Berufsbild des JWM ist.

So waren Themenschwerpunkte der letzten Sitzungen z.B.:

- die bundesweit einheitliche Ausbildung,
- Besoldungsendstufe A 9,
- einheitliche persönliche Ausrüstungsgegenstände,
- regelmäßige Aus- und Fortbildung in folgenden Bereichen: waffenloser Kampf, Deeskalation, rechtliche Grundlagen bei Eingriff Standard ,
- Elektronischer Akten- und Rechtsverkehr im JWM Dienst.

Bei all diesen Sitzungen stehen immer auch grundlegende Bereiche des JWM Dienstes wie das Anforderungsprofil des JWM, die hoheitlichen Aufgaben und Aufgabenschwerpunkte im Sicherheits-, Vorführ- und Ordnungsdienst auf der Tagesordnung. Diese entscheidenden Bereiche sich immer wieder zu vergegenwärtigen und zu verinnerlichen trägt entschei-

dend zu einer professionellen und sicherheitsbewussten Ausübung es Berufes bei.

Darüber hinaus stehen die Fachbereichskollegen in einem ständigen und vertrauensvoll kollegialen Kontakt untereinander, so dass diverse Anfragen bzw. Aufträge aus der Bundesleitung an die einzelnen Fachvertreter in den Bundesländern und umgekehrt stets kompetent erledigt werden.

Auch in Zukunft wollen und werden wir uns dafür einsetzen, dass das Berufsbild des JWM attraktiv bleibt und dass unsere Kolleginnen und Kollegen optimal ausgerüstet und ausgestattet sind.

Das nächste Treffen ist schon für Ende Oktober geplant und



wird unter anderem mit den Punkten „Dienstkleidung und Elektronischer Rechtsverkehr (Scannen)“ belegt sein.

Für Anregungen oder Themenvorschläge aus dem Kollegenkreis sind wir immer offen (MD/HS).

Kurz notiert:

⇒ Wir bedanken uns für die gewerkschaftliche Unterstützung bei unserem neuen Werbepartner der Nürnberger Versicherung , welche künftig durch Inserate und einer kleinen Anzeige auf unserer Homepage abgebildet ist.

⇒ Sabine Wenzel wurde zur Seniorenbeauftragten des dbb Brandenburg gewählt. Herzlichen Glückwunsch.

⇒ Termine:

- ◇ 17.10.2019: Sitzung Bundesleitung,
- ◇ 18./19.10.2019: Sitzung des Bundesvorstands,
- ◇ 19./20.10.2019: Sitzung des Fachbereichs Tarif,
- ◇ 27.-29.10.2019: Sitzung des Fachbereichs Wachtmeister,
- ◇ 07.-09.11.2019: Bundesjugendausschuss,
- ◇ 13.11.2019: Treffen der Bundesleitung mit dem Bundesvorstand des Gerichtsvollzieherbundes,
- ◇ 13.11.2019: Gespräch der DJG-Bund mit stv. Bundesvorsitzenden Volker Geyer, DBB Fachvorstand Tarifpolitik,
- ◇ 14.-17.11.2019: Jahreshauptversammlung DJG Saar,
- ◇ 28./29.11.2019: Gesamtvorstandssitzung DJG Hessen.

Justiz im Wandel der (Einarbeitungs-)Zeit



Was auf dem ersten Blick zur allgemeinen Erheiterung sorgt, hat einen ernsten Hintergrund. In diesem Fall sorgte die Situation für einen verärgerten Bürger, der sich von der Mitarbeiterin einer Service-Geschäftsstelle sehr veralbert vorkam, so dass er nach dem Telefonat umgehend eine Beschwerde bei der Geschäftsleitung des Amtsgerichts einreichte.

Aber, wie kommt es zu einer solchen Fehlleistung? Der hier „gezeichnete“ Fall, spiegelt mangelnde Einarbeitung aufgrund hoher Belastung wider.

In vielen Justizbehörden können frei gewordene Stellen, die ohnehin schon Mangelware sind, meist nur mit sog. Seiteneinsteigern besetzt werden.

In früheren Zeiten klappte die Einarbeitung berufsfremder Kollegen recht gut, da dem übrigen Kollegenkreis ausreichend Zeit zur Verfügung stand, neue Kollegen einzuarbeiten. Die dabei entstandenen Rückstände konnten anschließend Stück für Stück zusammen aufgearbeitet werden.

Heute ist die Pro-Kopf-Belastung und damit der Druck auf jeden Einzelnen so hoch geworden, dass neue Kollegen zunächst einmal als zusätzliche Belastung empfunden werden. Die Entlastung, die neue Kollegen eigentlich mitbringen, bleibt nicht zuletzt auch deshalb auf der Strecke, weil sie in den Statistiken sofort als vollwertige Arbeitskräfte gezählt werden.

Wir ALLE sollten nicht müde werden, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, die Mißstände, die uns im täglichen Arbeitsleben begleiten, bei den politischen Verantwortlichen anzuprangern. Gerade im Hinblick darauf, dass im kommenden Jahrzehnt viele Kollegen aus den sog. geburtenstarken Jahrgängen ihre Arbeitsplätze in Richtung wohlverdienten Ruhestand verlassen

werden, wird sich die Situation vor Ort für verbliebene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch mehr verschärfen.

Wir tun unsere Arbeit alle sehr gerne, aber wir fordern auch faire Bedingungen, um diese gut erledigen zu können!

Die politischen Entscheider müssen JETZT handeln und nicht nur von einer Legislaturperiode zur anderen denken: Hier ist langfristige Planung gefragt: Mehr Ausbildungsplätze, höhere Qualität der Ausbildung durch mehr Ausbildungspersonal und nicht zuletzt Entlastung der Mitarbeiter vor Ort, die die Einarbeitung neuer Kollegen übernehmen. Hier sind Ideen und Konzepte gefragt, die zu diesem Ergebnis führen!

Da ich den Geschäften schon die ersten Adventskalender gesehen habe, fallen mir spontan die üblichen Weihnachtsbriefe unserer Justizminister(innen) ein: Ich würde mir wünschen, dass diese statt den üblichen Phrasendreschereien, Ideen offenbaren, wie all die bevorstehenden Aufgaben bewältigt werden sollen und wie man gedenkt, die Justiz attraktiver zu machen. Beim „weiter so“ kann es ja kaum bleiben, oder etwa doch?

Der geschilderte Fall konnte am Ende durch entsprechende Aufklärung zu einem guten Ende geführt werden. Der Bürger nahm etwas belustigt seine Bestallungsurkunde entgegen. Im Gericht selbst drehte die Begebenheit seine Runden, so dass am Ende jeder, der es bisher noch nicht wußte, weiß was eine Bestellung ist (SG).

Treffen mit dem Vorsitzenden des Deutschen Richterbund, Jens Gnisa

Hintergrund:

Jens Gnisa

Der 56jährige Direktor des Amtsgerichts Bielefeld übernahm im Jahre 2002 die Funktion des Geschäftsführers des Landesverbandes NRW des Deutschen Richterbundes (DRB) und fungierte gleichzeitig als stv. Vorsitzender.

2005 wurde er zum Landesvorsitzenden des DRB in Nordrhein-Westfalen gewählt. 2010 wurde Gnisa in das Präsidium des Deutschen Richterbundes und 2013 zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ende April 2016 übernahm er von Christoph Frank das Amt des Vorsitzenden des DRB. Während seiner Amtszeit wurde der Pakt für den Rechtsstaat geschlossen, mit dem Bund und Länder die Justiz bis 2021 nachhaltig stärken möchten. Am 4. April 2019 wurde er für eine zweite Amtszeit wiedergewählt.

Jens Gnisa ist Mitglied der CDU und war Vorsitzender des CDU-Stadtverbands Horn-Bad Meinberg sowie Mitglied des Bundesparteigerichts der CDU.

Quelle: Wikipedia, DRB



Während eines kurzfristig terminierten Gesprächstreffens des DJG-Bundesvorsitzenden Emanuel Schmidt mit dem Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes Jens Gnisa konnten wichtige Absprachen für eine künftige Zusammenarbeit zwischen den beiden Verbänden vereinbart werden.

In angenehmer Gesprächsatmosphäre im „Haus des Rechts“ in der Kronenstraße in Berlin, dem Sitz der Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Richterbundes, konnten sich Jens Gnisa und Emanuel Schmidt über die Ergebnisse des im Januar 2019 von der Bundesregierung beschlossenen „Pakt für den Rechtsstaat“ austauschen. Während der Vorsitzende des DRB ein weitgehend zufriedenes Fazit für seinen Verband aufgrund der Zusage von 2000 neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte ziehen konnte, wies der DJG-Bundesvorsitzende darauf hin, dass für den nicht-richterlichen Dienst eine solche konkrete Stellenbemessung mindestens genauso wünschenswert gewesen wäre. Aufgrund wahrscheinlich fehlender Datengrundlagen konnte eine Erhebung entsprechender zukünftiger Stellenbedarfe für alle Bundesländer von Regierungsseite nicht erstellt werden, so dass der nicht-richterliche Dienst keine numerischen Forderungen im Verhandlungsraum stehen hatte.

Um dieses „Zahlenvakuum“ für Verhandlungen mit Länder- oder Bundesregierung künftig zu vermeiden, vereinbarten die beiden Vorsitzenden, die Erhebungen über die in Zukunft notwendigen Stellenbedarfe in den einzelnen

Bundesländern dezidiert abzufragen. Dieses Zahlenmaterial soll miteinander ausgetauscht werden. Nur mit aussagekräftigem Zahlenmaterial über den durch Altersabgänge entstehenden Personalmangel können konkrete Forderungen an die jeweiligen Regierungen zu Stellenneubesetzungen gerichtet werden. Der DJG-Bundesvorsitzende verwies auf eine Abfrage aus dem DJG-Landesverband Nordrhein-Westfalen, in dem 2018 von der dortigen Landesregierung ein Personalmangel aufgrund einer „Pensionierungswelle“ schon ab 2024 im nicht-richterlichen Dienst bescheinigt wurde. Die entsprechenden Stellenneubesetzungen bzw. Einstellung der Auszubildenden hat in diesem Jahr dort begonnen.

Der DRB und die DJG wollen somit künftig gemeinsam und öffentlichkeitswirksam auf die Personalnot sowohl im richterlichen als auch im nicht-richterlichen Bereich aufmerksam machen.

Ein weiterer gedanklicher Austausch fand zwischen DJG und DRB in Hinblick auf folgende Themen statt:

- Entwicklung und Schwierigkeiten bei der Umsetzung der eAkte in den Gerichten und Staatsanwaltschaften
- Altersabgänge in Bereich des richterlichen Dienstes und die Folgen für den nicht-richterlichen Dienst in den Gerichten und Staatsanwaltschaften
- Effizientere Zusammenarbeit der Richter mit den ambulanten Sozialen Diensten der Justiz; insbesondere im Bereich der Rückfallprävention von Sexual- und Gewaltstraftätern
- Zusammenarbeit der Richterschaft mit dem Justizwachtmeisterdienst; insbesondere im Bereich Vorführung
- Aufgabenübertragungen richterlicher zu nicht-richterlichen Diensten

Zu den einzelnen Themen und weiteren Schnittstellen könnte auf Vorschlag des DRB-Vorsitzenden Jens Gnisa Arbeitsgruppen von Seiten der DJG-Fachbereiche eingerichtet werden, zu denen auch Mitglieder des Deutschen Richterbundes eingeladen werden können. Der DJG-Bundesvorsitzende nahm diesen Vorschlag auf und will für diese Überlegungen in den DJG-Gremien werben.

Weitere Gesprächstreffen zwischen DRB und DJG Bund wurden vereinbart (ES).

Besuch des Bundeskongress DGVB und Sommerfest des BDR, DGVB und DAAV

„ ... soll eine europaweite Regelung herbeigeführt werden, welche Tätigkeiten und Aufgaben durch die Gerichtsvollzieher zukünftig erfolgen sollen. ...“

Am 20.06.- 21.06.2019 fand in Berlin der Bundeskongress des Deutschen Gerichtsvollzieher Verbands (DGVB) unter dem Motto „**Aus der Geschichte lernen – Die Zukunft wagen**“ statt. Die Veranstaltung begann im Bundesjustizministerium mit einer Buchpräsentation. Das Buch „Schwert der Justiz“, dokumentiert den Weg der Gerichtsvollzieher von 1800 bis zum heutigen Tag, dabei setzt sich das Buch auch mit den schweren Jahren (NS-Zeit) auseinander.

Während der danach stattgefundenen Vernissage konnte ich mich mit den Anwesenden ein wenig unterhalten, und die Wahrnehmung der DJG bei unseren Kolleginnen und Kollegen des DGVB verbessern.

Der Bundeskongress wurde mit der öffentlichen Veranstaltung (gemeinsames Abendessen) im Tagungshotel fortgesetzt. Dort tauschte ich mich mit mehreren Kollegen des DGVB aus. Bei diesem Gespräch wurde mir unter anderem ausführlich erläutert, warum der Gerichtsvollzieherbund die Ausbildung der Gerichtsvollzieher via Hochschulstudium umsetzen möchte bzw. muss.

Laut einer EU-EntschlieÙung soll eine europaweite Regelung herbeigeführt werden, welche Tätigkeiten und Aufgaben durch die Gerichtsvollzieher zukünftig erfolgen sollen. Jedoch setzen die dort aufgeführten Aufgaben und Tätigkeiten, in der Folge für unsere Gerichtsvollzieher eine bessere Ausbildung voraus. In vielen EU-Mitgliedsstaaten haben die Gerichtsvollzieher jetzt schon ein Studium oder sind gar Volljuristen (Frankreich, Belgien). Die Umsetzung der EntschlieÙung wird auch von dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) forciert.

Vor diesem Hintergrund fordert der DGVB Bund das Hochschulstudium für die Gerichtsvollzieher, aber unter der Prämisse, dass der Zugang des Studiums, weiterhin über die Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes

erfolgen soll. Gleichzeitig soll eine Möglichkeit geschaffen werden, die Stellen mit externen Bewerbern zu besetzen, falls nicht alle ausgeschriebene Stellen intern besetzt werden können.

Während der Veranstaltung konnte ich mit Kollegen der Bundesvorstände DGVB, DAAV, BDR, BSBD und einem Vertreter der Uni-Kassel sprechen und auch hier Erfahrungen austauschen.

Am nächsten Morgen ging dann die öffentliche Veranstaltung des Bundeskongresses des DGVB mit weiteren Vertretern des dbb Bundes und des BMJV weiter.

Ein weiterer Termin den ich wahrnehmen durfte, war das Gemeinsame Sommerfest des DGVB, BDR und DAAV im Garten des Berliner Verwaltungsgerichts. Ich konnte die Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen Bundes- und Landesverbände fortführen. An diesem Abend nutzte ich auch die Gelegenheit mit dem stv. Bundesvorsitzenden des dbb Bund Thomas Eigenthaler und einigen Mitarbeitern des BMJV ein Gespräch zu führen.

Während der beiden Veranstaltungen konnte ich viele interessante Gesprächspartner kennenlernen und mein Netzwerk ausbauen, in der Erwartung, dass ich diese Kontakte zur Verbesserung der Wahrnehmung der DJG auf Bundesebene und innerhalb der Politik nutzen kann (MB).



Hintergrund:

„EU-EntschlieÙung“

Es besteht die Absicht der EU*, die Ausbildung und die Zuständigkeiten für die europäischen Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher europaweit anzugleichen.

Diese Absicht ist für die deutschen Gerichtsvollzieher/Innen hinsichtlich dem Ausbau und die Stärkung des Berufsstandes von Bedeutung.

Bei Gesetzgebungsvorhaben in Deutschland finden in der Regel vorab Abgleiche mit europäischem Recht statt und viele Gesetze werden durch die Europäische Union initiiert. Beispielsweise im Bereich der grenzüberschreitenden Zustellungen und Vollstreckungen hat bereits ein Abgleich und entsprechende Umsetzung stattgefunden.

Wegen der sich daraus notwendigerweise ergebenden zunehmenden Zusammenarbeit der Vollstreckungsorgane in den Staaten der EU hält der Gerichtsvollzieherbund eine weitgehende Angleichung der Vor- und Ausbildung dieser Organe nicht nur für sinnvoll, sondern hält sie auch für zwingend notwendig, um einen einigermaßen gleichmäßigen Standard der Zwangsvollstreckung in Europa zu gewährleisten.

** EntschlieÙung der CEPEJ (Council of Europe European Commission for the efficiency of justice) einer Unterarbeitsgruppe „Vollstreckungsrecht“ der EU-Arbeitsgruppe zur Stärkung der Effizienz des Zivilrechts“.*

33 Monate Bundesteilhabegesetz: Wie stark ist die SBV

DVfR-Fachdiskussion ab Mittwoch, 25. September 2019

Zum Thema: „Stärkung der Schwerbehindertenvertretung - Programm oder Wirklichkeit?“ führt die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation (DVfR) auf reha-recht.de eine Online-Diskussion zum Bundesteilhabegesetz durch.

Bei diesem Austausch können Schwerbehindertenvertretungen (SBV) gerne eigene Fragen aus der Praxis bzw. Thesen einbringen.

Um Impulse für die Weiterentwicklung des Rechts zu setzen, sind neben Fakten und praktischen Erfahrungswerten auch persönliche Meinungen ausdrücklich erwünscht.

Das Diskussionsforum erreichen Sie unter <https://fma.reha-recht.de>.

Die Online-Diskussion startet am Mittwoch, dem 25. September und endet nach ca. drei Wochen am Freitag, 11. Oktober 2019. In diesem Zeitraum stehen Ihnen u.a. folgende Experten bzw. Fachautoren zur Verfügung:

- ⇒ Prof. Dr. Wolfhard KOHTE (Forschungsdirektor Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH), Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)
- ⇒ Prof. Franz Josef DÜWELL (Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht a.D. und Honorar-professor an der Universität Konstanz)

⇒ Dr. Michael KARPf (LAGIBA - LAG Inklusion in Beschäftigung und Arbeit Baden-Württemberg, Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei)

diskussionsforum
**Rehabilitations-
und Teilhaberecht**
www.reha-recht.de

Die Schwerbehindertenvertretungen (Vertrauensperson und Stellvertretungen) aller Stufen sind aufgerufen und herzlich eingeladen, sich rege an der Diskussion zu beteiligen. Um ein möglichst aussagekräftiges praxisnahes Bild von der Jetzt-Situation bundesweit zu erhalten, ist die Teilnahme wichtig! Fragen können auch via Mail an die Redaktion gesendet werden (info@dvfr.de) und werden dann von der Redaktion in das DVfR-Forum eingestellt (HSt).

*„Wer Inklusion will, sucht Wege – wer sie verhindern will, sucht Begründungen.“
(Hubert Hüppe, ehem. Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen)*

STECKBRIEF:

Michaela Rieck

Bundesschatzmeisterin

LV: Hamburg

Mitglied in der DJG seit
ca. 9 Jahren

Kostenprüfungsbeamtin
(Bezi), Rechtspflegerin



Der Fragebogen - eine etwas andere Vorstellung

Wenn Du eine berühmte Persönlichkeit treffen könntest: Wer wäre es und warum?

Donald Trump, um ihm zu sagen, was für ein erbärmlicher, unwissender und inkompetenter Präsident er doch sei.

Für welche drei Dinge in Deinem Leben bist Du am dankbarsten?

Dinge nicht, sondern Personen: 1) meinen Eltern, welche mich mit ihrer Liebe und Erziehung auf meinen Weg gebracht haben, 2) das ich einen wundervollen Sohn habe, der mich in den nächsten Wochen mit seiner Frau zur Oma macht und 3) das alle die mir lieb und teuer sind, so gesund und munter sind und das auch hoffentlich lange bleiben!

Wenn Du eine Sache auf der Welt verändern dürftest: Was wäre das?

Das niemand mehr auf dieser Welt Hunger leiden muss.

Hast Du einen Lieblingsfilm und welche Szene würdest Du immer wieder schauen?

Habe mehrere, aber zur Zeit "Der Junge muss an die frische Luft". Die Szene mit der schwelgenden Jungfrau, in der er seine depressive Mutter zum Lachen bringt.

Auf welche Frage hattest Du in letzter Zeit keine Antwort und hast Du sie finden können?

Auf diese Frage :-)

Wenn Dein Leben verfilmt würde: Welche(r) Schauspieler(in) würde Dich spielen?

Puh, schwer...vielleicht Maria Furtwängler, in jungen Jahren passte es äußerlich noch zwischen uns, im jetzigen Alter müsste sie allerdings ein paar Kilos zunehmen :-)

Wofür würdest Du mitten in der Nacht aufstehen?

Lakritze und Luftschokolade.



Aus den Landesverbänden ...

DJG Brandenburg: Jens Spahn in Zossen ...

Eine kurze Zeitungsnotiz in der MAZ kündigte an: „Jens Spahn, der Bundesgesundheitsminister kommt nach Zossen“.



Kaum zu glauben, denn was hat diese Stadt vorzuweisen, dass ein Bundesminister ausgerechnet nach Zossen kommt? Einen Aprilscherz im August schloss ich aus. Also bereitete ich mich als Vertreterin der Senioren der DJG im Land Brandenburg und im Bund auf diesen Besuch vor, der mit einer öffentlichen Fragestunde für die Bürger enden sollte.

Nach den Befragungen der von mir vertretenen Personengruppen, fasste ich diese in drei Fragenkomplexe zusammen:

1. welche Position beziehen Sie, Herr Minister, zu der von der Bertelsmann-Stiftung vorgelegten Studie zu den vorgeschlagenen Krankenhausschließungen von derzeit knapp 1.400 Krankenhäuser auf deutlich weniger als 600 im gesamten Bundesgebiet und ihre Auswirkungen im ländlichen Raum?
2. führt die elektronische Patientenakte zum „Gläsernen Patienten“ und wie werden die Patientenrechte geschützt und der Zugriff durch Dritte verhindert?
3. ist Ihnen die Problematik der unzähligen in der häuslichen und institutionellen Pflege, die Pflegebedürftige unter Pflegestufe 2 pflegen und die wöchentlich unter 10 h

tätig sind, zumeist weiblichen Ehrenamtlichen bewusst und könnte der größer werdenden Unwucht zwischen fehlendem professionellem Pflegepersonal und ehrenamtlich Pflegenden wenigstens durch rentenversicherungsrechtliche Berücksichtigung der ehrenamtlichen Tätigkeit (wie Bundesfreiwilligendienst) begegnet werden?

Nach Ministerart, unverbindlich, verallgemeinernd und für die Anwesenden beruhigend erläuterte der Minister nicht nur meine, sondern auch die anderen vielschichtigen Fragen zur Pflege, den steigenden Pflegekosten, die auf die Angehörigen umgeschlagen werden, den fehlenden Pflegekräften und die Ausbildungsmöglichkeiten.

Während des Fotoshooting übergab ich dem Minister persönlich und schriftlich den Wunsch auf einen gesonderten Gesprächstermin mit den Senioren der Deutschen Justiz-Gewerkschaft.

Ob es tatsächlich dazu kommen wird? Ich bleibe jedenfalls dran.

Diese Zossener Veranstaltung war nicht nur gelungen, sondern machte auch Spaß. Der Minister war locker, entspannt und sympathisch und vergaß auch nicht, mehrfach auf die anstehenden Wahlen im Land Brandenburg und die Positionen der CDU hinzuweisen.



Die Sonne schien, die Stimmung war gut und nun wusste ich, warum Zossen das Ziel des Ministerbesuches war (SW).

Hintergrund:

Jens Georg Spahn

(* 16. Mai 1980 in Ahaus-Ottenstein) ist deutscher Politiker und gehört der CDU-Fraktion an.

Er ist Mitglied des Bundestages und seit dem 14. März 2018 Bundesminister für Gesundheit .

Als Gesundheitsminister war Jens Spahn maßgeblich am Kabinettsentwurf des Terminservice- und Versorgungsgesetzes beteiligt. Mit diesem sollte erreicht werden, dass gesetzlich Versicherte schneller und leichter einen Arzttermin erhalten. Der Entwurf sah neben einer Erweiterung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung auch eine Erhöhung der Mindestdurchlaufzeiten von Ärzten sowie eine Verpflichtung der Krankenkassen, für ihre Versicherten elektronische Patientenakten spätestens ab 2021 anzubieten, vor.

Quelle: Wikipedia

DJG Saar: Fördervereinbarung mit der BB-Bank unterzeichnet



Die DJG Saar und die BBBank haben ihre bereits seit einigen Jahren bestehende Zusammenarbeit nun auch fixiert. Durch die Kooperation können unsere Mitglieder viele Vorteile der BBBank nutzen, z.B. das Gehaltskonto mit Bonus sowie weitere Vorteile für Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Die Kooperationsvereinbarung haben am 5. Juli 2019 in der BBBank Filiale Saarbrücken der für das Saarland zuständige Landesdirektor Roland Hipke und der Landesvorsitzende Dirk Biegel unterschrieben. Mit anwesend waren von der BBBank der Regionaldirektor Frank Nowotny und die Filialeiterin Nadja Wunsch, von der DJG Saar der stellvertretende Landesvorsitzende Marco Besselt und unser Rechnungsführer Thomas Rudy.

Informationsmaterial ist bei uns vorhanden oder gerne mal unter www.bbbank.de/dbb reinschauen.

Wir freuen uns auf weiterhin gute Zusammenarbeit (DB).

Ein Leben ohne Feste ist ein weiter Weg ohne Wirtshäuser. Demokrit



DJG Saar: Grillfest 2019

Unser diesjähriges Grillfest der DJG Saar fand am Freitag, den 30.08.2019 wie schon in den vergangenen Jahren am Weiher des Angelsportvereins in Niedersaubach bei allerbestem Wetter statt. Zahlreiche Mitglieder waren zum gemütlichen Beisammensein in lockerer Atmosphäre erschienen. Auch für das leibliche Wohl war bestens gesorgt. Es war ein rundum gelungener Abend mit jeder Menge Spaß und tollen Gesprächen unter netten Kolleginnen und Kollegen. Auch für das kommende Jahr hat die DJG Saar nochmal ein Grillfest geplant und hofft auch weiterhin auf eine solche tolle Resonanz wie in diesem Jahr (KL).

Der Landesverband Hessen der Deutschen Justiz-Gewerkschaft
trauert um seinen Ehrenvorsitzenden

Friedrich Wilhelm (Wilfried) Bergmann Träger des Bundesverdienstkreuzes und des Landesehrenbriefes Hessen

der am 13. August 2019 im Alter von 77 Jahren plötzlich und für uns alle
unerwartet verstorben ist.

Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt
seiner Ehefrau und seinen Angehörigen.

Wilfried Bergmann war von 1993 bis 2010 stellvertretender Landesvorsitzender
der DJG Hessen. In der Bundesleitung der DJG war er viele Jahre als Schriftführer
tätig.

Auch nach seiner Pensionierung unterstützte er mit seiner Teilnahme an den
Gesamtvorstandssitzungen den Landesverband tatkräftig und stand uns als kluger
Ratgeber immer zur Verfügung.

Wir verlieren mit Wilfried Bergmann einen verdienstvollen Kollegen, der sich für
die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen in außergewöhnlicher Art und Weise
zu deren Wohl eingesetzt hat.

Wir verneigen uns vor Wilfried Bergmann und werden stets ein ehrendes An-
denken bewahren.

Impressum:

Herausgeber:
Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.
Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion

V.i.S.d.P.:
Emanuel Schmidt
Bundesvorsitzender
Geschäftsstelle:
Saarbrücker Str. 69
66625 Nohfelden-Türkismühle
geschaeftsstelle@djg.de

Redaktion/Layout:
DJG-Bundesleitung

Bildmaterial:
S. Göldenleuchter, M. David
S. Wenzel, D. Biegel, E. Schmidt

Autoren:
Emanuel Schmidt (ES)
Silke Göldenleuchter (SG)
Marko David (MD)
Hilmar Schelhorn (HS)
Sabine Wenzel (SW)
Dirk Biegel (DB)
Katja Leidner (KL)
Heidi Stuffer (HSt)
Marco Besselt (MB)

Für die veröffentlichten Artikel ist der jeweilige
Autor(in) verantwortlich.



NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Einkommenschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung
dafür sorgen können, dass körperliche und geistige
Einschränkungen nicht zu finanziellen werden,
erfahren Sie unter:

www.nuernberger.de

